
*Musikakzent***O-Ton 1 Roland Koch**

Es gibt keinen Skandal! Sie haben das Recht auf einen Untersuchungsausschuss. Das dürfen Sie jederzeit, das ist ein Minderheitenrecht. Aber daraus zu schließen, es sei etwas Falsches in diesem Land passiert, ist nach meiner festen Überzeugung falsch.

O-Ton 2 Peter Bilsdorfer

Das kann nicht wahr sein. Das ist eine Dreistigkeit ohne Gleichen.

O-Ton 3 Dieter Deiseroth

Das ist ein Fall voller Rätsel, der dringend der Aufklärung bedarf. Feststeht, dass die Steuerfahnder in Hessen grob rechtswidrig behandelt worden sind.

O-Ton 4 Karlheinz Weimar

Das ist doch alles net wahr, was hier, das Bild, was hier gezeichnet wird!

O-Ton 5 Wilhelm Schlötterer -

Ich betrachte diese Affäre in Hessen als den schwerstwiegenden Eingriff staatlicherseits seit der Spiegel-Affäre.

O-Ton 6 Werner Borcharding

Das ist einfach Mobbing.

O-Ton 7 Peter Bilsdorfer

Ich kann es mir nicht vorstellen, ich bin ja selbst in diesem Bereich tätig gewesen, dass auf einen Schlag oder jedenfalls in engem zeitlichen Zusammenhang vier Steuerfahnder, pikanterweise darunter ein Ehepaar, psychisch erkrankt sein sollen.

O-Ton 8 Wilhelm Schlötterer

Das heißt also: Hier wird in so manifester Form Missbrauch getrieben mit Macht, dass die Öffentlichkeit hier wirklich aufwachen muss!

O-Ton 9 Dieter Deiseroth

Auf die schlichte Mitteilung des Gutachters zu vertrauen, ist grob rechtswidrig. Ist das nur schlichte, schlampige Verwaltungsführung? Oder gibt es unter Umständen auch sogar doloses Verhalten? Also arglistiges Verhalten? Das ist Aufgabe des Untersuchungsausschusses, das zu klären und das wird eine Bewährungsprobe sein für die Wirksamkeit des parlamentarischen Systems in Hessen.

Ansage

Es gibt keinen Skandal - die hessische Steuerfahnderaffäre.

Ein Feature von Caroline Nokel mit Valentin Thurn

Sprecherin

28. Januar 2010: Der hessische Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein.

Sprecher 1

UNA 18/1.

Sprecherin

Innerhalb von sieben Jahren ist dies bereits der zweite parlamentarische Ausschuss, der die so genannte Steuerfahnder-Affäre untersucht. Dreizehn Ausschussmitglieder mit einer Mehrheit von fünf CDU- und zwei FDP-Abgeordneten haben den Auftrag,

Sprecher 1

zu klären, ob vier ehemalige Frankfurter Steuerfahnder durch das Verhalten ihrer Vorgesetzten dazu veranlasst wurden, die

Steuerverwaltung zu verlassen, weil sie im Jahr 2001 Kritik an der Bearbeitung von Steuerfluchtfällen in Hessen geäußert hatten.

Sprecherin

Wurden - mit anderen Worten - erfolgreiche hessische Steuerfahnder zwangspensioniert, weil sie sich weigerten, Steuerhinterzieher zu schonen? So steht es im Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses, den SPD und Grüne gestellt haben. Oder sind die ehemaligen Steuerfahnder „querulatorische, sich selbst überschätzende Durchschnittsbeamte“, wie der CDU-Abgeordnete Peter Beuth zu Beginn des Untersuchungsausschusses mutmaßte?

Atmo Bahnhofshalle Frankfurt: Gong

Sprecherin

Treffpunkt Frankfurter Hauptbahnhof, erster Stock im Restaurant Cosmopolitan. Die Sonne scheint an diesem frühlingshaften Nachmittag, in gepflegtem Ambiente trinken ältere Damen und Herren ihren Kaffee, Geschäftsleute unterhalten sich mit gedämpfter Stimme. Zwei gut aufgelegte Steuerberater haben Cola light bestellt, sie sitzen an einem Tisch am Fenster: Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim. Der jüngere von ihnen, Rudolf Schmenger, witzelt darüber, dass Frank Wehrheim sich die Haare hat schneiden lassen. Wir ziehen um in einen Konferenzraum mit Blick auf den Bahnhofsvorplatz. Draußen rauscht der Verkehr vorbei.

O-Ton 10 Rudolf Schmenger

Also Ende der achtziger Jahre kam ich nach Frankfurt und lernte dann auch Frank Wehrheim kennen.

Sprecherin

Rudolf Schmenger, 49, ehemaliger Steuerfahnder am Finanzamt Frankfurt am Main V.

O-Ton 11 Rudolf Schmenger

Er war damals schon lange Jahre in der Steuerfahndung. Und bei Durchsuchungen, bei denen ich auch zugegen war, hab ich dann auch gesehen, wie man professionell arbeitet. Und das hat mich natürlich dann noch mehr angespornt, in die Steuerfahndung zu kommen und auch von ihm ausgebildet zu werden. Und Anfang der neunziger Jahre war es dann soweit, dass ich in die Steuerfahndung kam und er mein Ausbilder war, später dann mein Sachgebietsleiter. Und über diese berufliche Verbindung ist dann bis zum heutigen Tag eine langjährige auch private Freundschaft jetzt gewachsen.

Sprecherin

Die beiden verbindet auch ein gemeinsamer Kampf. Frank Wehrheim, der vergangenes Jahr mit 60 vorzeitig in den Ruhestand gegangen ist, arbeitete seit 1975 als Steuerfahnder. Am Finanzamt Frankfurt am Main V war er außerdem Schwerbehindertenvertreter. In dieser Eigenschaft setzte er sich im Oktober 2003 für seinen nierenkranken Kollegen Rudolf Schmenger ein. Der war gegen seinen Willen aus der Steuerfahndung abgezogen worden:

O-Ton 12 Frank Wehrheim

Er galt als Schwerbehinderter. Und als solcher unterliegt er einem besonderen Schutz. Und ich war als Schwerbehindertenvertreter zuständig, als er umgesetzt wurde und hab darauf aufmerksam gemacht, dass hier gemobbt wird, dass hier ein Schwerbehinderter gemobbt wird,

dass das gar nicht passieren darf, dass er gar nicht gegen seinen Willen so umgesetzt werden darf.

Das Ganze hab ich im Oktober 2003 schriftlich an den Landesbeauftragten für Schwerbehinderte gegeben, ich habe das an den Behördenleiter gegeben auf dem Dienstweg und hab darauf aufmerksam gemacht und hab ganz klar von Mobbing geschrieben. Die Folge war, dass sechs Wochen nach diesem Brief man mich selbst auch, als Schwerbehinderten umgesetzt hat mit dem Argument, ich hätte in 1991 einen Herzinfarkt gehabt, und das war 2003, und man habe jetzt nach zwölf Jahren erkannt, dass die Steuerfahndung ja ein gefährlicher Job für mich sei. Das ist nicht nur ätzend, das ist böse. Und das ist hinterlistig. Und einer solchen Verwaltung und solchen Argumenten muss man wirklich entgegentreten.

Atmo: Zug, Bremsen quietschen

Sprecherin

Der hessischen Finanzverwaltung entgegentreten: Das tun Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim nun schon seit neun Jahren. 2009 sind sie dafür sogar mit dem so genannten Whistleblowerpreis der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler ausgezeichnet worden. Doch was hat den Konflikt zwischen Steuerfahndern und Verwaltung eigentlich ausgelöst?

Sprecher 1

Amtsverfügung 2001/18

Sprecherin

Der Vorsteher des Finanzamts Frankfurt am Main V, Jürgen Schneider-Ludorff, erließ am 30. August 2001 die so genannte „Amtsverfügung 2001/18“. Sie bezog sich auf Restfälle aus Massenverfahren um

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

mehrere Großbanken. Bei den Fällen handelte es sich um Gelder, die nach Einführung der Zinsabschlagsteuer 1993 ins Ausland geschafft worden waren, um Steuern zu hinterziehen. Das Finanzamt Frankfurt bereitete Verfahren für die ganze Bundesrepublik vor, das Arbeitspensum war mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen. Statt Personal aufzustocken, behalf man sich, indem man Grenzen für die Bearbeitung von Fällen zog: ein Anfangsverdacht auf Steuerhinterziehung sollte erst ab einem Transfervolumen von ca 250.000 Euro gelten, bzw. ab einem Einzeltransfer von rund 150 000 Euro. Damals waren das natürlich D-Marksummen, also 500 000 und 300 000. Obwohl oft gerade der Fund von kleinen Summen ein Hinweis auf die anonymen, großen Summen ist. Auch Verjährungen sollten nun anders beurteilt werden als vorher, und Fälle unter einer Million DM Anlagevolumen sollten an die Wohnsitzfinanzämter abgegeben werden. In den Augen der Steuerfahnder waren alle drei Punkte der Amtsverfügung unsinnige und unrechtmäßige Maßnahmen.

O-Ton 13 Peter Bilsdorfer

Das Ganze sieht schon so aus, als ob das tot laufen sollte. Dass also nur ab einer ganz beachtlichen Dimension sich die Steuerfahndung um diese Fälle kümmern sollte.

Sprecherin

Prof. Dr. Peter Bilsdorfer, Vizepräsident des saarländischen Finanzgerichts.

O-Ton 14 Peter Bilsdorfer

Die Fahnder fanden das wohl, ich finde das auch, etwas seltsam, dass man ab einer doch beachtlichen Dimension erst die strafrechtliche Keule

hervorholt. Ansonsten sollten die Finanzämter die Dinge ermitteln. Und das sieht alles schon sehr, sehr seltsam aus.

Sprecherin

Einer der betroffenen Fahnder, Rudolf Schmenger:

O-Ton 15 Rudolf Schmenger

Durch die Amtsverfügung wurde natürlich die bisherige Ermittlungspraxis konterkariert. Wir hatten in Frankfurt das Kontrollmaterial bundesweit erhoben, und jetzt, als es um die Abarbeitung der eigenen Fälle ging im eigenen Zuständigkeitsbereich, hat man die Grenzen so hoch gesetzt, dass man gar nicht mehr zu einem Anfangsverdacht kam.

O-Ton 16 Peter Bildorfer

Wir haben ein Legalitätsprinzip. Das verpflichtet die Staatsorgane bei Vorliegen eines Verdachts einer Straftat, diesem Verdacht nachzugehen. Da gibts auch kein Ermessen. Da muss nachgegangen werden, da muss ermittelt werden.

Sprecherin

So sah es auch der Koordinator der Bankenverfahren, Eckard Pisch. Das neue Konzept für die Bearbeitung der Verfahren war in seiner Abwesenheit entschieden worden. Pisch remonstrierte. So nennt das Beamtenrecht die Einwendung eines Beamten gegen die Weisung seines Vorgesetzten. Der Oberregierungsrat begründete seine Kritik sehr detailliert, auf elf Seiten. Und: Das neue Konzept führe seiner Ansicht nach nicht einmal zu personeller Entlastung, da die Beamten auf den Wohnsitzfinanzämtern nicht in die Materie eingearbeitet seien. Er betont, die Priorität bei der Arbeit der Fahnder sollte sein, steuerliche Mehrergebnisse zu erzielen und nicht, möglichst viele Fälle zu erledigen. Er macht sogar Vorschläge, wie die Fahndung die Bankenverfahren

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

rationalisieren könnte und betont, dass sie sich nicht an Fällen fest klammere. Die Reaktion auf Pischs Brief: Er wird zum Oberfinanzpräsidenten Albrecht Pfister gebeten und kurze Zeit später gegen seinen Willen an ein Finanzamt in Darmstadt versetzt. Und das, obwohl er für das Commerzbank-Verfahren zuständig war, das kurz vor der strafrechtlichen Berichtsabfassung stand.

O-Ton 17 Rudolf Schmenger

Ich hätte mir gewünscht, dass man damals 2001 die Steuerfahndung verstärkt hätte, um die Abarbeitung professionellst zu gewährleisten.

Sprecherin

so Rudolf Schmenger. Auch Markus Weimann von der Staatsanwaltschaft Frankfurt wandte sich im September 2001 an den Vorsteher des Finanzamts Frankfurt am Main V. Beweismittel dürften nicht an Veranlagungsfinanzämter weiter gegeben werden, und die Beurteilung eines Anfangsverdachts und einer Verjährung erfolge allein im Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft. Das interessierte das hessische Finanzministerium jedoch nicht. Finanzminister Karlheinz Weimar nahm im Haushaltsausschuss des hessischen Landtags am 2. Dezember vergangenen Jahres, also 2009, dazu Stellung:

O-Ton 18 Karlheinz Weimar

Uns ist es gelungen, alle diese Verfahren ordnungsgemäß abzuschließen, was eine gigantische Leistung der hessischen Steuerverwaltung war. Deswegen ist der immer wieder latent erhobene Vorwurf absurd, hier seien irgendwelche großen Steuersünder in entsprechender Weise geschont worden.

Sprecherin

Am 3. Dezember 2001 wendet sich der Personalrat des Finanzamts Frankfurt am Main V an den hessischen Finanzminister Karlheinz Weimar und protestiert gegen die Abordnung von Sachgebietsleiter Eckard Pisch. Der Personalratsvorsitzende Rüdiger Fischer schreibt, dass die Mehrheit der Mitarbeiter die Rechtsauffassung von Herrn Pisch teile. Er erhält eine Antwort von Staatssekretär Bernd Abeln:

Sprecher 1

Es trifft zu, dass es hinsichtlich der Bearbeitung von Steuerfahndungsfällen im Finanzamt Frankfurt am Main V zwischen Mitarbeitern dieses Bereichs und der Amtsleitung zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Die Art und Weise, in der sich [*Piepton*] in die Sache eingebracht hat, war dazu geeignet, das beiderseitige Vertrauensverhältnis nachhaltig zu beeinträchtigen.

Sprecherin

Nicht nur die Versetzung ihres Sachgebietsleiters zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt missfiel den Steuerfahndern – auch die Art und Weise, in der sie die Amtsverfügung erhalten hatten, kam ihnen sonderbar vor: erst mündlich und dann, als sie die Weisung ablehnten, schriftlich, mit dem Hinweis:

Sprecher 1

„darf nicht ins Intranet des Amtes eingestellt und als B-Sache nicht in die Registratur aufgenommen werden“.

Sprecherin

Warum ging man so geheimnisvoll mit der Amtsverfügung um? War sich der Behördenleiter seiner Sache nicht sicher? Versuchte er unbeholfen und durch willkürliche Maßnahmen, den Laden wieder in den Griff zu

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

kriegen? Oder wurde Einfluss auf ihn genommen, mit dem Ziel, Steuerhinterzieher zu schonen?

Sprecher 1

Fest steht, dass Finanzamtsvorsteher Schneider-Ludorff am 29.03.2001 einen Bericht über die Lage seines Finanzamts verfasst hatte. Er war zu dem Schluss gekommen, dass die Arbeitslage

Sprecherin

„einen nicht mehr vertretbaren Engpass“ erreicht habe.

Sprecher 1

Dreizehn Steuerfahnder brauche das Finanzamt zusätzlich zu den 79 vorhandenen. Die sechs Sachgebiete müssten auf acht aufgestockt werden. Am Bankenplatz Frankfurt waren allein 36 Fahnder in bundesweite Ermittlungen in Bankenverfahren gebunden.

Finanzamtsvorsteher Schneider-Ludorff resümiert:

Musikakzent

Sprecherin

Das Verstärkungsziel, im Bereich der Steuerkriminalität in ihrer gesamten Breite der Erscheinungen Steuerhinterziehung zu bekämpfen, wurde somit nicht einmal ansatzweise erreicht.

Sprecherin

Und das, obwohl 1996 nach einer Durchsuchung der Commerzbank durch Staatsanwaltschaft, Polizei und Steuerfahndung das „Bankenteam“ im Finanzamt Frankfurt am Main V gegründet worden war, das in der Folge in 60 000 Fällen ermittelte und 200 Mio. € an Steuernachzahlungen und 60 Mio. € an Verzugszinsen erwirkte. Die Sicht der Banker auf die Steuerfahndung gibt ein Brief von Martin

Kohlhaussen, dem damaligen Vorstandssprecher der Commerzbank deutlich wieder:

Zitator

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
in einer spektakulären Aktion sind in der vorigen Woche ca. 250 Steuerfahnder in der Commerzbank „einmarschiert“... Wir alle werden so in ungerechtfertigter Weise kriminalisiert. Ich bin über die Unverhältnismäßigkeit dieses Vorgehens in Sorge – Sorge um den Finanzplatz in Deutschland und unsere gesamte Gesellschaft. Die Bundesregierung und die hessische Landesregierung habe ich meine tiefen Bedenken schriftlich wissen lassen. Ich appelliere an Sie, mit Selbstbewusstsein auf die Angriffe zu antworten. Wir haben allen Grund, selbstbewusst nach vorne zu schauen.

Sprecherin

Der Untersuchungsausschuss UNA 16/1, der von 2003 bis 2006 in 17 Sitzungen den Fragen um die berühmt-berüchtigte Amtsverfügung nachging, beantwortete diese nicht einhellig. Im Abschlussbericht heißt es, sämtliche Vorwürfe gegen die Amtsverfügung hätten sich nicht belegen lassen, der Vorwurf einer Steuer-Amnestie sei falsch und haltlos. Die SPD-Fraktion sieht in ihrem abweichenden Bericht in der Amtsverfügung sehr wohl den untauglichen Versuch, die unzureichende Ausstattung mit Personal in den Griff zu kriegen. Vorwürfe, dass beschlagnahmte Akten nicht ausgewertet wurden, bestätigte ein Zeuge. Allerdings wurden nur zwei Steuerfahnder als Zeugen überhaupt gehört. Ausgerechnet der Kronzeuge Wolfgang Schad will plötzlich nicht mehr öffentlich aussagen. Von seinen Kollegen zur Rede gestellt, spricht er von einem „black-out“. Er konnte sich nicht einmal an die Dinge erinnern,

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

die er noch in einer Petition mit fünf anderen Steuerfahndern unterschrieben hatte. Schad, der neben seiner Tätigkeit als Steuerfahnder ehrenamtlich auch Präsident des Hessischen Leichtathletikverbandes war, war kurz vor seiner Aussage zu einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter 1 ins Finanzministerium bestellt worden.

O-Ton 19 Wilhelm Schlötterer

Das ist schon ein ungewöhnlicher Vorgang.

Sprecherin

Wilhelm Schlötterer, Jahrgang 1939. Als Ministerialbeamter leitete er im bayerischen Finanzministerium das Referat für Steuerfahndung, Steuerstrafrecht, Steuererlass, Abgabenordnung und Außensteuerrecht.

Rudolf Schmenger ergänzt:

O-Ton 20 Rudolf Schmenger

Der damalige Abteilungsleiter 1 ist der heutige Oberfinanzpräsident Mario Vittoria.

Sprecherin

Kurz nach seinem black-out erhielt der sportbegeisterte Steuerfahnder Wolfgang Schad eine Stelle als Sportreferent im Innenministerium.

O-Ton 21 Wilhelm Schlötterer

Es ist doch ganz klar, wenn ich einem solchen Zeugen am Tag vor seiner Vernehmung ein derartiges Angebot mache, dann ist das nichts anderes als eine massive, rechtswidrige Beeinflussung von Zeugen, man kann sagen eine zumindest verdeckte Anstiftung zur Falschaussage. Der Oberfinanzpräsident Vittoria konnte ja nun diese Position im Innenministerium nicht nach eigenem Gutdünken angeboten haben. Das

heißt, er musste mit dem Innenministerium, mit der Ministeriumsebene hier Kontakt gehabt haben.

Sprecherin

Und Rudolf Schmenger zur Rolle von Mario Vittoria in der Steuerfahnder-Affäre:

O-Ton 22 Rudolf Schmenger

Der damalige Abteilungsleiter 1 teilte den Interessensvertretern mit, dass er die Personalsache Schmenger / Wehrheim nicht lösen kann, es würde sich hierbei um ein Minenfeld handeln. In der Folge gibts nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder hat der Abteilungsleiter 1 das alles zu verantworten, was hier in Hessen passiert, der damalige Abteilungsleiter 1, oder die in der Hierarchie über ihm angesiedelten, da bleibt nur noch der Staatssekretär, der Finanzminister, bzw. der Ministerpräsident. Und das wird der Untersuchungsausschuss zu klären haben.

O-Ton 23 Wilhelm Schlötterer

Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, decken sich mit diesen hessischen Vorgängen. Es ist so, dass im Bereich der Finanzen natürlich die Reichen ihre Beziehungen haben zur Politik. Und wenn die von Steuerfahndungsbeamten aufs Korn genommen werden, dann suchen sie Hilfe bei den Spitzenpolitikern. Und wer sind die Spitzenpolitiker in Hessen? Das sind insbesondere natürlich Roland Koch und sein Handlanger Weimar.

Atmo: Zug, Bremsen

O-Ton 24 Karlheinz Weimar

Als würd' man die Ganove laufe lasse oder sonst irgendwas! Das ist doch alles net wahr, was hier, das Bild, was hier gezeichnet wird! [..] Ich

sag mal hier, bei mir nicht und bei meiner Finanzverwaltung auch net.
Sehr wohl kommen wir unserer Verpflichtung nach.

Sprecherin

Doch selbst, wenn Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar und Ministerpräsident Roland Koch nicht zu verantworten haben sollten, dass die Steuerfahnder des Bankenteams ausgebremst wurden - wie ist es überhaupt möglich, dass ein Konflikt in der Finanzverwaltung dermaßen aus dem Ruder läuft?

O-Ton 25 Werner Borcharding

Wir brauchen einen Ombudsmann, an den man sich wenden kann, wenn solche Dinge passieren.

Sprecherin

Werner Borcharding, 62, pensionierter Steuerfahnder aus Münster. Borcharding engagiert sich im „Whistleblower-Netzwerk“ dafür, bessere Bedingungen zu schaffen für Beamte oder Angestellte, die Missstände in ihrem Betrieb oder ihrer Verwaltung aufdecken wollen: so genannte whistleblower. Ein Vorschlag des „Whistleblower-Netzwerkes“ lautet, dass Ombudsleute eingesetzt werden sollten.

Auch Borcharding hat in der Finanzverwaltung schlechte Erfahrungen gemacht. Seine Geschichte begann Ende 1994 damit, dass ihm anonym Unterlagen zugeschickt wurden:

O-Ton 26 Werner Borcharding

Das waren Unterlagen, die eine Geschichte betrafen, die man so nach meiner Auffassung, und ich bin ja nun auch dienstlich vereidet worden, nicht gelten lassen konnte. Es war eine Betriebsprüfung durchgeführt worden, und der Betriebsprüfer hatte strafrechtliche Sachverhalte festgestellt, die sind dann bei uns dem damals installierten Vorsteher

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Herrn Dr. Notthoff mitgeteilt worden, daraufhin ist auch ein Strafverfahren gegen den Chef der Firma Brillux eingeleitet worden.

Sprecherin

Borchardings damaliger Chef Karsten Notthoff wurde an die Oberfinanzdirektion Münster versetzt. Das Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung erhielt kurz darauf von ihm eine interne Anweisung, das Verfahren gegen den Farbenhersteller Brillux einzustellen.

O-Ton 27 Werner Borcharding

Selbst unsere juristischen Leiter, unsere Abteilungsleiter haben darüber geschimpft wie sonstwas. Abgesehen davon muss man auch hier gleich dabei sagen, das ist gar nicht Sache der OFD. Die OFD ist keine Strafverfolgungsbehörde. Hier war ja schon ein Strafverfahren eingeleitet. Und irgendwann hab ich dann anonym Unterlagen aus der Ermittlungsakte zu mir nach Hause geschickt bekommen. Und ich hab dann sehr lange überlegt, das ging sicherlich über drei, vier Monate, was mach ich damit? Geh ich damit zum Staatsanwalt? Wenn ich das offiziell mache, war mir ohnehin klar, werde ich also von diesen Herren sofort mit Repressalien überschüttet. Und hab mich dann schließlich entschlossen, auch im Interesse eines funktionierenden Rechtsstaates, diese Dinge anonym dem Generalstaatsanwalt zu übersenden. Auch verbunden mit der Bitte, die Staatsanwaltschaft Münster eben wegen der räumlichen Nähe mit den weiteren Ermittlungen nicht zu betrauen, sondern eine andere Staatsanwaltschaft.

Sprecherin

Die Generalstaatsanwaltschaft Hamm leitete die Anzeige an die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte in Bochum weiter – und die nahm sich der Angelegenheit an.

O-Ton 28 Werner Borcharding

Und dann ist ja in der OFD durchsucht worden. Bei unserem Finanzamt ist durchsucht worden. Natürlich bei der Firma Brillux. Also, es war schon eine umfangreiche Maßnahme. Dann sind ja auch entsprechende Vernehmungen anschließend durchgeführt worden.

Sprecherin

Und dann kam die Enttäuschung für Werner Borcharding:

O-Ton 29 Werner Borcharding

Das Strafverfahren ist in letzter Konsequenz eingestellt worden, aber nur deswegen, weil man gesagt hat, dass der letzte Beweis nicht zu erbringen sei. Man ist da letztlich zu dem Ergebnis gekommen, es sind vier Straftatbestände objektiv erfüllt. Und zwar insbesondere der Straftatbestand der Rechtsbeugung.

Sprecherin

Ex-Steuerfahnder Borcharding vermutet politische Einflussnahme. Man habe seinem Anwalt gesteckt, es sei mit der Steuermoral nicht zu vereinen, wenn drei hohe Beamte einer Oberfinanzdirektion vor den Richtertisch gestellt würden. Beweise für eine politische Einflussnahme gibt es jedoch keine. Ende Mai 1996 wird gegen Borcharding Anzeige wegen Verletzung des Steuergeheimnisses erstattet. Die Staatsanwaltschaft Münster stellt das Verfahren ein und bestätigt, dass es sich bei der Tat, die Borcharding angezeigt hatte, um ein Verbrechen handle. Der Kern seines Vorwurfs, ein Steuerstrafverfahren sei mit

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

beträchtlichem steuerlichen Schaden zu Unrecht eingestellt worden, sei nicht als unrichtig zu bewerten, so die Staatsanwaltschaft. Das Verfahren sei nur eingestellt worden, weil die subjektiven Voraussetzungen einer Rechtsbeugung nicht nachzuweisen waren. Ein Alptraum für Werner Borcharding. Zumal er von seinen Vorgesetzten nicht etwa belobigt wurde, als durchsickerte, dass er die Anzeige erstattet hatte.

O-Ton 30 Werner Borcharding

Ich bin also Mitte Mai 1996 zum Oberfinanzpräsidenten Jürgen Himstedt gebeten worden, dort hat man mich quasi moralisch fertig gemacht. Und ich war so platt, dass man mich hätte untern Teppich kehren müssen, ohne dass man da ne Beule entdeckt hätte.

Sprecherin

Dass ihm das heute noch nachgeht, sieht man dem großen Mann mit schwarzer Lederjacke auf den ersten Blick nicht an. Äußerlich ruhig, verrät nur die völlig verbogene Büroklammer in seinen Händen seine Anspannung. Borcharding wurde gegen seinen Willen an ein Finanzamt außerhalb von Münster versetzt. Dort existierte gar kein Arbeitsplatz für ihn. Befördert wurde er auch nicht, obwohl ihm das eigentlich zugestanden hätte. Nach einem Gespräch im Finanzministerium kann Borcharding im Juli 2000 ins Finanzamt nach Münster zurückkehren, allerdings nicht als Fahnder, sondern in die Großbetriebsprüfung. Die Konsequenz aus der Strafanzeige für Brillux: Firmeninhaber König zahlte eine Geldbuße von knapp 250 000 Euro, seine Steuerberater und Geschäftsführer je rund 10 000 Euro. Rehabilitiert ist Werner Borcharding trotzdem bis heute nicht. Mit 57 Jahren ist er in Altersteilzeit gegangen und 2005 aus dem aktiven Dienst der Finanzverwaltung ausgeschieden.

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

O-Ton 32 Dieter Deiseroth

Ein Ombudsmann ist sinnvoll, ein Ansprechpartner, wie auch immer man ihn benennt.

Sprecherin

Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, und Mitglied der Whistleblower-Preis-Jury.

O-Ton 33 Dieter Deiseroth

Dieser Ombudsmann kann dann zur Kenntnis nehmen, was hat der Beamte vorzubringen? Als Gesprächspartner kann er den Beamten mit einer anderen Sicht auch konfrontieren und damit den Beamten veranlassen, die Position noch mal zu überdenken und zu fragen: „Liegst du wirklich richtig?“. Denn im Gespräch kommt sehr oft heraus, dass sich jemand auch verrennt, und das ist in solchen Konflikten nicht ganz selten. Deshalb ist die Existenz eines Ombudsmannes, eines befähigten Ombudsmannes mit hinreichender Unabhängigkeit ein Beitrag dazu, solche Konflikte auch rationaler ablaufen zu lassen, weil eben alle Argumente oder auch alle möglichen Argumente stärker von vornherein in den Blick genommen werden.

Sprecherin

Und ein Ombudsmann hätte weitere Vorteile:

O-Ton 34 Dieter Deiseroth

Er kann den Beamten oder den Beschäftigten den Rücken stärken, wenn auch er zum Ergebnis kommt: Hier ist Kritik an einer bestimmten Entscheidung, an bestimmten Abläufen, an bestimmten Vorfällen zu üben. Und der einzelne Beamte, der einzelne Beschäftigte ist damit überfordert, diesen Konflikt eigenständig, alleine durchzustehen. Diese Funktion ist bedeutsam. Denn sehr oft sind Strukturen so mächtig, dass

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

der einzelne überfordert ist, sich dem, diesen Strukturen zu stellen und dieser Strukturen zu widersetzen.

Sprecherin

Dieter Deiseroth fordert einen besseren Schutz für Beamte, die Missstände anprangern wollen.

O-Ton 35 Dieter Deiseroth

Zum einen muss man zur Kenntnis nehmen, dass unser Beamtenrecht in Deutschland nach wie vor obrigkeitsstaatliche Elemente enthält und sehr stark hierarchisch von oben nach unten strukturiert ist. In einem stärkeren Maße, als es die Notwendigkeit einer demokratischen Legitimation hin zum Parlament, über den Minister hin erfordert.

Sprecherin

Auch der ehemalige Ministerialbeamte Wilhelm Schlötterer sieht ein strukturelles Problem im Dienstrecht der Beamten.

O-Ton 36 Wilhelm Schlötterer

Es ist eben auch nicht so, dass die formale Unabhängigkeit eines Beamten ihn völlig frei macht. Er ist eben nicht frei. Er ist... hat im Grunde eine schwache Position gegenüber all seinen Vorgesetzten, die hoch hinaufreichen und von dort oben herunter regieren.

O-Ton 37 Dieter Deiseroth

Und wenn man nicht genau weiß, welche Rechte man genau hat, und welche Pflichten man beachten muss, führt dies dazu, dass wir es mit Abschreckungseffekten zu tun haben. Der Abschreckungseffekt besteht in der Botschaft: Im Zweifel lieber kein Risiko eingehen, im Zweifel lieber auf die Zähne beißen, den Mund halten, und das ist für eine demokratische Verwaltung, eine Verwaltung in einem demokratischen Rechtsstaat nicht das Optimale.

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Musikakzent

O-Ton 38 Wilhelm Schlötterer

Es ist halt so, Beamte, die vorwärts kommen, wollen kein Missfallen oben erregen und handeln eben danach, wie es gewünscht wird.

O-Ton 39 Werner Borcharding

Und da jeder befördert werden will, kuscht man dann.

Sprecherin

Eine Finanzverwaltung in einem demokratischen Rechtsstaat braucht aber dringend mutige, engagierte und unabhängige Staatsdiener, die das Gemeinwohl im Blick haben und nicht nur ihre nächste Beförderung und ihr Eigenheim. Als leuchtendes Beispiel eines couragierten Beamten wird immer wieder ein Mann genannt, der Anfang 2009 verstorben ist:

O-Ton 40 Rudolf Schmenger

Klaus Förster war mit ein Beweggrund, in die Steuerfahndung zu kommen, um diese doch sehr großen und wichtigen Fälle, die in unserem Land anstehen, dann auch ermittlungsmäßig aufzuarbeiten.

Sprecherin

so Rudolf Schmenger, Ex-Steuerfahnder über den Mann, der in den 80er Jahren Politiker und Unternehmer wg. Steuerhinterziehung in die Schlagzeilen brachte. In der Flick-Parteispendenaffäre:

O-Ton 41 Werner Borcharding

Klaus Förster hab ich ja nun persönlich kennengelernt. Klaus Förster hat ja damals die große Spendenaffäre, ja, man kann sagen, eröffnet. Als das bekannt wurde, zu dem Zeitpunkt war ich in Bad Godesberg zu einem Lehrgang.

Sprecherin

Erinnert sich Ex-Steuerfahnder Werner Borcharding.

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

O-Ton 42 Rudolf Schmenger

Ich habe das Buch über den Klaus Förster gelesen „Der Mann, der Flick jagte“, und ich fand das damals schon unvorstellbar, dass ein Ermittlungsbeamter in Ausübung seiner dienstlichen Pflicht so behindert wurde, wie man ihn behindert hat, und er dann letztendlich sogar den Dienst liquidierte.

Sprecherin

Dass es ihm einmal ähnlich ergehen würde, damit hatte Rudolf Schmenger nicht gerechnet. Auch wenn er keine Parteispendenaffäre aufgedeckt hat – gewisse Parallelen zwischen den Fällen und den Mechanismen der Macht sind zu erkennen. Vielleicht auch zwischen den Charakteren, denn eine gewisse Renitenz oder einen Starrsinn, der auch mal ätzend werden kann, muss man schon mitbringen, um solch einen Kampf über Monate und Jahre durchzustehen. 2006 erinnerte sich Klaus Förster, wie seine Vorgesetzten reagierten, als seine Kollegen und er Parteispenden der CDU entdeckt hatten:

Musikakzent

O-Ton 43 Klaus Förster

Ich wurde dann sehr, sehr schnell zum Oberfinanzpräsidenten gebeten, musste dort zum Rapport im Grunde genommen. Dann sagte man mir, das Ministerium müsse unterrichtet werden. Und das ganz Wichtige: wir hatten uns inzwischen weitere Durchsuchungsbeschlüsse besorgt an anderen Stellen, wo noch zu ermitteln war, und ich bekam also die Anweisung, keine Durchsuchungsbeschlüsse ausführen zu dürfen. Das sagte man mir nicht, man sagte:

Sprecher 2 (Referent)

Herr Förster – rotes Licht!

O-Ton 44 Klaus Förster

Insofern wurde ich gebremst. Wir hätten das genauso wie jeden anderen Fahndungsfall auch bearbeitet. Wir legten immer Wert drauf, wenn wir die Durchsuchungsbeschlüsse haben, dann haben wir sie auch meistens entweder am selben Tag oder am nächsten oder am übernächsten Tag ausgeführt. Das wurde mir also untersagt. Was ist ein Beamter? Er ist weisungsgebunden. Und das zog sich. Das Ganze war ja Ende '75 und ging dann rein ins Jahr '76. Dann hörte ich immer, ich weiß jetzt nicht mehr, so alle vierzehn Tage oder alle drei Wochen von dem Referenten der OFD:

Sprecher 2 (Referent)

Herr Förster, weiterhin rotes Licht.

O-Ton 45 Klaus Förster

Bis ich eines Tages meinte, das nicht mehr verantworten zu können, Durchsuchungsbeschlüsse müssen auch spätestens innerhalb eines halben Jahres ausgeführt werden. Das halbe Jahr stand noch nicht an, aber ich dachte, so geht es nicht weiter, und sagte damals dem Referenten:

Sprecher 3 (Klaus Förster)

Wissen Sie, das mache ich nicht mehr mit, geben Sie mir das schriftlich.

Sprecher 2 (Referent)

Ja, Herr Förster, wenn Sie das so sehen, werden Sie die Weisung auch schriftlich bekommen.

Sprecher 3 (Klaus Förster)

Da bin ich aber gespannt auf die Begründung.

Sprecher 2 (Referent)

Herr Förster, die OFD ist Ihnen keine Begründung schuldig.

Sprecher 3 (Klaus Förster)

Wie Sie mich kennen, werden Sie ja wissen, dass ich das so nicht hinnehme.

Sprecher 2 (Referent)

Das wollen wir doch mal sehen.

O-Ton 46 Klaus Förster

Und ein oder zwei oder drei Tage später war eine schriftliche Weisung da, vorerst keine Außenermittlungen zu tätigen, bis, ich meine, bis Oktober oder so. Das war der Zeitraum, da fanden meiner Meinung nach Wahlen zum Bundestag statt, seinerzeit. Ich habe damals gegen diese schriftliche Weisung, die wie gesagt aus einem Satz und ohne Begründung bestand, remonstriert, wie das so schön heißt – also remonstrieren: Gegenvorstellungen zu bringen. Wenn man eine Weisung bekommt, dann ist der Beamte gehalten, seinem Vorgesetzten mündlich oder aber schriftlich darauf hinzuweisen, was an dieser Weisung falsch ist. Ich habe dann reingeschrieben, dass das einen parteipolitischen Background hat, dass Verjährung drohen würde und dergleichen alles. Habe dann diese zwei Seiten selber zur Oberfinanzdirektion gefahren und dem fraglichen Gruppenleiter in die Hand gedrückt. Der guckte nur drauf und fragte mich dann ganz entsetzt:

Sprecher 2 (Gruppenleiter)

Herr Förster, wollen Sie Harakiri begehen?

Sprecher 3 (Klaus Förster)

Nein.

Sprecher 2 (Gruppenleiter)

Ich habe jetzt die undankbare Aufgabe, diese Sache dem „O“ zu bringen.

O-Ton 47 Klaus Förster

Der Oberfinanzpräsident wurde immer nur „O“ genannt. „zu bringen“, also so nach dem Motto, wie im Altertum, dass dem Boten, der die schlechte Nachricht überbrachte, die Hand abgehackt oder er getötet wurde. Der hatte Angst. Und ich hab dann gesagt:

Sprecher 3 (Klaus Förster)

Geben Sie es mir zurück, ich bring es dem O selbst.

Sprecher 2 (Gruppenleiter)

Nein, nein. Wir müssen den Dienstweg schon einhalten.

O-Ton 48 Klaus Förster

Na ja, aufgrund dieser Remonstration bin ich dann mündlich vom Oberfinanzpräsidenten gedeckelt worden. Tja, das hatte mir ein Staatsanwalt seinerzeit gesagt:

Sprecher 2 (Staatsanwalt)

Herr Förster, das wird für Sie ein Edeka-Fall.

O-Ton 49 Klaus Förster

Ende der Karriere.

Atmo: Zug, Bremsen

Sprecherin

Der Staatsanwalt sollte Recht behalten. Klaus Förster wurde nicht nur in seiner Arbeit behindert, sondern auch gegen seinen Willen versetzt. 1983 quittierte er seinen Dienst in der Finanzverwaltung und arbeitete für die „gegnerische“ Seite: als Steuerberater und Rechtsanwalt. Und das,

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

obwohl durch sein unerschrockenes Verhalten einer der größten Parteispenskandale der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt wurde: der Flick-Konzern hatte, um Steuern in Millionenhöhe hinterziehen zu können, Politiker, Parteien, Stiftungen und Vereine bestochen. Dieter Deiseroth, Bundesverwaltungsrichter in Leipzig sagt dazu:

O-Ton 50 Dieter Deiseroth

Heute aus der Rückschau betrachtet, ist evident, dass dem Steuerfahnder Klaus Förster schwerstes Unrecht widerfahren ist und er der Republik, der Bundesrepublik Deutschland höchste Dienste erwiesen hat. Ungeachtet dessen hat er in allen Instanzen bei den Verwaltungsgerichten seine Klagen verloren. Da stimmt etwas nicht an der Anwendung des geltenden Beamtenrechts und möglicherweise auch den Normen des geltenden Beamtenrechts. Wenn selbst in einem solchen Extremfall der Beamte keine Chance hat, seine Zwangsversetzung zu vermeiden,

Musikakzent

die nur deshalb erfolgt, um den Skandal zu verbergen und zu vertuschen. Das ist ein evidentestes Beispiel dafür, dass unsere beamtenrechtlichen Strukturen und unsere beamtenrechtliche Rechtsprechung auf den Prüfstand gehört.

Sprecher

Zurück nach Frankfurt:

Sprecherin

Mai 2002: der Posten von Eckard Pisch, dem ehemaligen Bankenkoordinator, wird neu besetzt: Frau Dr. von Lersner wird Rudolf Schmengers neue Vorgesetzte. Es kommt zu Konflikten zwischen ihr

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

und Rudolf Schmenger. Er bietet ihr an, in ein anderes Sachgebiet zu wechseln. Der Vorsteher des Finanzamts lehnt jedoch ab. Stattdessen leitet er Ende 2002 ein Disziplinarverfahren gegen Rudolf Schmenger ein. Später wird bekannt werden, dass Finanzamtsvorsteher Schneider-Ludorff am 12.11.2002 ein Eil-Fax an die Oberfinanzdirektion schrieb:

Zitator

„Die Verwaltung muss in der Personalangelegenheit Schmenger aus meiner Sicht eine Lösung finden, die der engagierten und tatkräftigen Sachgebietsleiterin der Steuerfahndung, dem Hauptsachgebietsleiter der Steuerfahndung und mir als Finanzamtsvorsteher den Rücken stärkt. Außerdem sollten die von einer zu findenden Lösung ausgehenden Signale in den Bereich der Fahnder/innen nicht unterschätzt werden.“

Sprecherin

Die Lösung der Verwaltung sieht zunächst so aus: 2003 wird Rudolf Schmenger von der Steuerfahndung zur Großbetriebs- und Konzernprüfung versetzt. Eigentlich das Ziel vieler Finanzbeamter, aber Schmenger erhält so genannte „Null-Fälle“ zur Bearbeitung – das Ergebnis, nämlich null Mehrsteuern, steht schon vorher fest. Er ist völlig unterfordert. Doch nicht nur er hat Probleme mit seinen Vorgesetzten: Am 25.05.2003 übergibt der Personalrat stellvertretend für alle Beschäftigten des Hauses einen Brief an den Vorsteher des Finanzamtes.

Zitator

„Wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist gegenseitiges Vertrauen. Dazu gehört, dass wir als verantwortungsbewusste erwachsene Menschen anerkannt werden und dass man uns den Freiraum lässt, in Eigeninitiative unserer Tätigkeit

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

nachzugehen. Außerdem brauchen wir Vorgesetzte, die sich mit uns, unserer Arbeit und auch unserem Amt identifizieren. ... Die Ereignisse in jüngerer Vergangenheit haben uns das Gefühl gegeben, dass in unserem Amt nicht immer danach gehandelt wurde. Übertriebene Kontrollmaßnahmen, *welche in den verschiedensten Bereichen veranlasst wurden*, zeugen von gesteigertem Misstrauen uns gegenüber und erschweren die tägliche Arbeit erheblich – und wir meinen auch unnötig. .. Dies alles trägt dazu bei, dass die Stimmung in unserem Amt bedrückend schlecht ist. Wir möchten nicht nur unsere Pflicht erfüllen, indem wir Dienst nach Vorschrift machen, sondern auch wieder gerne zur Arbeit kommen. „

Sprecherin

Einen Monat später unterschreiben außerdem 48 Steuerfahnder einen Brief an ihre obersten Dienstherren, Finanzminister Karlheinz Weimar und Ministerpräsident Roland Koch. Sie drücken darin ihre Sorge aus, dass Steuern in erheblichem Umfang ausfielen, wenn sie in ihrer Ermittlungstätigkeit behindert würden. Und sie bitten Roland Koch, sich der Probleme in ihrem Finanzamt anzunehmen. Abgeschickt wird der Brief nie – denn als sein Inhalt im Finanzamt bekannt wird, setzen Vorgesetzte die Steuerfahnder unter Druck, und die meisten ziehen ihre Unterschrift zurück. Was das Disziplinarverfahren gegen Rudolf Schmenger angeht, so hebt das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main die Disziplinarverfügung des Finanzamtsvorstehers am 7. April 2004 auf.

Musikakzent

O-Ton 51 Karlheinz Weimar

Es ist schon, ist schon schwer, damit fertig zu werden.

Sprecher 1

Karlheinz Weimar, hessischer Finanzminister.

Sprecherin

Rudolf Schmenger schrieb zwischen September 2004 und Juni 2005 insgesamt vier Briefe an Ministerpräsident Roland Koch und Finanzminister Karlheinz Weimar. Er erhielt darauf keine Antwort. Dann wendet sich der Personalratsvorsitzende Torsten Kimpel im September 2005 in einem Brief an Minister Weimar persönlich. Mit dem Ergebnis, dass Kimpel ebenfalls die Steuerfahndung verlassen muss und an ein anderes Finanzamt versetzt wird.

Sprecher 1

Die Gutachten

Sprecherin

Am 17. Juli 2006 erteilt die Oberfinanzdirektion Frankfurt dem Hessischen Versorgungsamt den Auftrag, Rudolf Schmenger auf Dienstfähigkeit zu untersuchen. Der ärztliche Dienst des Versorgungsamtes bittet den Neurologen Dr. Thomas Holzmann, ein nervenfachärztliches Gutachten zu erstellen. Rudolf Schmenger erhält einen Brief, in dem Untersuchungstermin und untersuchender Arzt durchgestrichen und handschriftlich ergänzt sind.

O-Ton 52 Rudolf Schmenger

Als ich die Weisung erhielt, bei dem Versorgungsamt Frankfurt mich auf meine Dienstfähigkeit hin untersuchen zu lassen, konnte ich sehen, dass ein ganz anderer Arzt vorgesehen war. In der Verfügung, in den Akten des Versorgungsamtes, kann man natürlich dann den Arzt richtig lesen, wer eigentlich vorgesehen war. Nur bei diesem ursprünglich vorgesehenen Arzt handelt es sich nicht um einen Gefälligkeitsgutachter,

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

der mit Sicherheit auch nicht zu diesem unsinnigen Ergebnis gelangt wäre.

Sprecherin

Rudolf Schmenger geht in dem Glauben, es ginge um seine Nierenerkrankung, zum anberaumten Termin. Das Ergebnis: Dr. Holzmann attestiert ihm eine paranoid-querulatorische Entwicklungsstörung,

Sprecher

was keine psychotische Erkrankung darstellt, aber insofern mit einem Realitätsverlust einhergeht, als dass auf dem Nährboden eines primärpersönlich ausgeprägten Gerechtigkeitsempfindens und dem zusätzlichen Nährboden einer narzisstischen Kränkung ein unbeirrbarer Weg beschritten wurde, der aus Sicht von Herrn Schmenger nur beendet werden kann, wenn er rehabilitiert wird.

Sprecherin

So das Gutachten von Dr. Holzmann. Es hört sich an wie ein schlechter Witz: Da bildet sich der Steuerfahnder Schmenger, dem nichts vorzuwerfen ist, doch tatsächlich ein, wieder gesund zu werden, wenn man ihn rehabilitiert! Für den Betroffenen ist es leider bitterer Ernst und bedeutet das berufliche Aus. Und nicht nur für ihn: auch die Steuerfahnder Tina und Heiko Feser und Marco Wehner werden von demselben Gutachter dienstunfähig auf Lebenszeit geschrieben.

O-Ton 53 Rudolf Schmenger

Für mich war unvorstellbar, dass ein Gutachter, ohne dass er mich untersucht, ein Gefälligkeitsgutachten erstellt. In dem man mich wirklich vernichtet. Weil Sie müssen wissen: mit dem Gutachten war ich ja nicht nur in der Folge gegen meinen ausdrücklichen Willen durch das Land

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Hessen in den Ruhestand versetzt. Sondern ich war beruflos.

Sprecherin

Am 1.1.2007 wird Rudolf Schmenger mit 45 Jahren gegen seinen Willen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

O-Ton 54 Rudolf Schmenger

Also: Ich war beruflich vernichtet, finanziell erstmal vernichtet. Weil, es ist ja schon ein Unterschied, wenn man mit Familie, mit einem kleinen Kind, mit finanziellen Belastungen dann die Alimentation erhält. Und nicht mehr weiter arbeiten kann. Ohne auf die gesellschaftliche, soziale Ächtung einzugehen. Dann entsteht natürlich auch Sozialneid, die Nachbarn fragen, wie lange haben sie noch Urlaub? Das ist alles nicht so einfach. Für mich war unvorstellbar, dass hier in Frankfurt im Auftrag des Landes Hessen man uns so begutachtet, wie man uns begutachtet hat. Psychiatrisiert.

Sprecherin

Der Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dieter Deiseroth, wird deutlich:

O-Ton 55 Dieter Deiseroth

Es steht rechtskräftig fest, dass dieses psychiatrische Gutachten vorsätzlich falsch war. Das hat das hessische Berufsgeschicht festgestellt. Einen schlimmeren Tatbestand kann man kaum feststellen.

Sprecherin

Am 16.11. 2009 erteilt das Verwaltungsgericht Gießen dem Psychiater Thomas Holzmann einen Verweis und legt ihm eine Geldbuße von 12 000 € auf. Die Begründung des Urteils ist eine lange Mängelliste: Holzmann habe die Standards für psychiatrische Begutachtungen nicht eingehalten, der Begriff der „paranoid-querulatorischen Entwicklung“ sei

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

nicht im gebräuchlichen Klassifikationssystem enthalten. Es habe keine inhaltlich fachliche Auseinandersetzung mit den vorliegenden ärztlichen Äußerungen gegeben, psychologische Testuntersuchungen hätten gefehlt.

O-Ton 56 Dieter Deiseroth

Dagegen haben beide Seiten, sowohl der Psychiater, der Gutachter, als auch das Land Hessen, keine Berufung eingelegt.

O-Ton 57 Karlheinz Weimar

Ich hab mich mit Herrn Staatsminister Banzer darauf verständigt, dass wir nicht in Berufung gehen werden. Das Land Hessen wird das Urteil akzeptieren.

Sprecherin

so Karlheinz Weimar. Ist das ein Schuldeingeständnis? Und wer trägt die Verantwortung für die rechtswidrige Begutachtung der vier Steuerfahnder, wenn nicht der Finanzminister? Verwaltungsrichter Dieter Deiseroth:

O-Ton 58 Dieter Deiseroth

Es sind Zwangspensionierungen erfolgt, die auf der Grundlage eines vorsätzlich falschen Sachverständigengutachtens zustande gekommen sind. Das ist das eine, das andere: die Aktenlage, alle verfügbaren Informationen sprechen dafür, dass die mit dem Vorgang befassten Behörden ihrerseits rechtswidrig gehandelt haben. Das hessische Versorgungsamt, das den Gutachter beauftragt hat, hat diesem Gutachter die Rechtsfrage gestellt. Sind die betroffenen Steuerfahnder dienstfähig oder nicht dienstfähig? Das ist aber eine juristische Frage, eine rechtliche Frage, die den Behörden obliegt.

Sprecherin

Ex-Ministerialbeamter Wilhelm Schlötterer:

O-Ton 59 Wilhelm Schlötterer

Dieses Gutachten und die Feststellung des Berufsgerichts, dass diese Gutachten falsch waren, bedeutet doch im Grunde nichts anderes, als dass es auch gar keine Anzeichen gab für Paranoia! Das heißt also, die Behörden, Oberfinanzdirektion, hat wider besseres Wissen diese Begutachtung veranlasst. Und die Leute dort müssen zur Rechenschaft gezogen werden. An der Spitze der Oberfinanzpräsidentin Vittoria. Aber dieser hat zweifellos nicht alleine gehandelt. Sondern eben auch der Finanzminister und Roland Koch.

O-Ton 60 Dieter Deiseroth

Hier ist auf der Grundlage eines vorsätzlich gegen Berufspflichten verstoßenden Sachverständigengutachtens Steuerfahndern grobes Unrecht geschehen. Das kann man nicht bestreiten.

Musikakzent

O-Ton 61 Karlheinz Weimar

Ich stelle mich auch immer vor meine Mitarbeiter.

O-Ton 62 Roland Koch

Es gibt keinen Skandal!

O-Ton 63 Rudolf Schmenger

Hier gehts um Ethik, hier geht es um die Würde des Menschen, hier geht es um Familien, und der Ministerpräsident taucht ab. Ja, er hat sogar im Plenum des hessischen Landtags sich zu der Aussage hinreißen lassen: Es gibt keinen Skandal. Vier hessische Finanzbeamte werden psychiatrisiert und der hessische Ministerpräsident sagt allen Ernstes: Es gibt keinen Skandal.

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Sprecher 1

Rudolf Schmenger hatte nach seiner Zwangspensionierung die Zulassung zum Steuerberater beantragt. Dafür musste er sich erneut psychiatrisch begutachten lassen.

O-Ton 64 Rudolf Schmenger

Und was man dann auch nicht verschweigen darf, dass nach meiner Bestellung zum Steuerberater, nachdem ich in dem Universitätsklinikum nachuntersucht wurde, einen ganzen Tag auf meinen Geisteszustand hin überprüft wurde, dann als Steuerberater bestellt wurde, hat die Steuerberaterkammer Frankfurt für Hessen das hessische Finanzministerium hierüber in Kenntnis gesetzt, dass ich nachuntersucht wurde, dass ich als Steuerberater bestellt werde, und dass man keinerlei psychiatrische Erkrankungen feststellen konnte. Und da hätte ich erwartet, dass das Finanzministerium sofort handelt und sofort mir ein Reaktivierungsangebot macht. Aber der Kommentar damals war: der Schmenger kann machen, was er will, der wird aber bei uns nicht mehr arbeiten.

O-Ton 65 Wilhelm Schlötterer

Bezahlen müssen ja dann die anderen Steuerpflichtigen.

Sprecherin

Empört sich Wilhelm Schlötterer, der ehemalige Ministerialbeamte. Und Peter Bilsdorfer, Vizepräsident des saarländischen Finanzgerichts, hat sich darüber geärgert, dass der Staat im Fall der hessischen Steuerfahnderaffäre Pensionen zahlt, obwohl die jungen Beamten weiter arbeiten wollen.

O-Ton 66 Peter Bildorfer

Ich las in einem großen deutschen Magazin über diesen Fall und habe mir gedacht: „Das kann nicht wahr sein. Das ist eine Dreistigkeit ohne Gleichen.“ Und da ich ja selbst in der Justiz beschäftigt bin, dachte ich, die Medien allein werden es vielleicht nicht schaffen, dann nützt es eventuell, dass die Justiz sich um diesen Fall kümmert. Dass sie auch einen gewissen Rückenwind verspürt, und diesen kleinen Rückenwind wollte ich dann auch mit geben.

Sprecherin

Bildorfer hat Anzeige erstattet wegen Haushaltsuntreue.

O-Ton 67 Peter Bildorfer

Hier steht eine Untreue, also die Verschwendung von Haushaltsmitteln durch Entlassung kerngesunder Steuerfahnder im Raum. Das heißt, die Justiz müsste jetzt durchleuchten, mit ihren Möglichkeiten, ob ein solches System, von wo auch immer gesteuert, installiert worden ist. Wenn das der Fall ist, dann darf man nicht auf der Sachbearbeiterebene stehen bleiben. Dann muss man hinterfragen: wo kommt das her?

O-Ton 68 Werner Borcharding

Hätt' ich diese Anzeige nicht losgelassen, ich wär wahrscheinlich heute noch im Dienst, auch heute noch bei der Steuerfahndung, und müsste für mein Gehalt auch noch normal arbeiten. Und würd auch jedes Jahr entsprechende Steuern hereinholen. Im Durchschnitt sagt man ja, dass der Steuerfahnder pro Jahr über eine Million Euro für den Staat hereinholt. Bei etwa anteiligen Kosten von 10 Prozent. Und das ist ja wohl lohnenswert.

Sprecherin

Ex-Steuerfahnder Werner Borcharding bei Kohlrouladen und Kartoffeln in der Kantine der Oberfinanzdirektion Münster.

Peter Bildorfer, Vizepräsident am Finanzgericht des Saarlands:

O-Ton 69 Peter Bildorfer

Ich habe eine Anzeige erstattet gegen die Verantwortlichen für diese Geschichte, sag ich mal. Die Anzeige ist zur Kenntnis genommen worden. Und in den Mittelpunkt des Interesses ist die erst wieder gerückt, nachdem der in den Fall eingeschaltete Gutachter vom Ärztegericht wegen mangelhafter Begutachtung zu einem Bußgeld verurteilt wurde. Da kam das Ganze noch mal auf.

O-Ton 70 Werner Borcharding

Was hier abgeht in solchen Verwaltungen, da kann man durchaus sagen, das geht auf keine Kuhhaut. Das ist der Tatbestand der Haushaltsuntreue. Den müssten auch die Staatsanwälte aufgreifen. Ich bin mal gespannt, was die draus machen.

Sprecherin

In Zeiten leerer Kassen kann sich der Staat erst recht so ein verschwenderisches Verhalten nicht leisten, ganz abgesehen vom Umgang mit seinen Mitarbeitern.

O-Ton 71 Rudolf Schmenger

Mir wurde Ende letzten Jahres die Rückkehr in den Dienst des Landes Hessen angeboten. Man muss aber wissen, dass, bevor man mir dieses Angebot unterbreitet hat, dass erstens der Gefälligkeitsgutachter rechtskräftig verurteilt wurde. Zweitens, dass das Land Hessen, nachdem dieses Urteil publiziert wurde, nicht mir und meinen Kollegen

sofort ein Reaktivierungsangebot anbot, sondern dass das Land Hessen erstmal drei Gutachten in Auftrag gab:, ob uns Schadensersatz zusteht. Dann hat man uns dieses Reaktivierungsangebot gemacht.

O-Ton 72 Karlheinz Weimar

Ich habe keinen Anlass, nach dem heutigen Stand der Dinge, mich zu entschuldigen, auch nicht für die Verwaltung. Aber wir wollen einen Ausweg finden aus der Sache, weil das tut keinem der Beteiligten auf die Dauer gut.

Sprecherin

Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar am 11.12.2009. Er schlägt den Zwangspensionierten vor, einen Antrag auf Reaktivierung zu stellen. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätten die Steuerfahnder ihr Ziel erreicht. Doch so einfach ist das nicht.

O-Ton 73 Rudolf Schmenger

Und deshalb ist das, was jetzt im letzten Quartal 2009 mit dem Reaktivierungsangebot an uns herangetragen wurde, nur ein Schaugefecht für die Bürger, die da mit Halbwahrheiten informiert werden, um uns weiter zu diffamieren mit dem Ziel: guckt se euch an, die wollen ja gar nicht. Wir tun ja alles, wir reichen denen sogar die Hand, die können sofort zurückkommen. Da sind wir an dem Punkt: ja, wenn wir zurückkommen: ja, wohin denn? In die Steuerfahndung? Was passiert mit den finanziellen Schäden, die wir über all die Jahre erlitten haben? Was passiert mit Schadensersatz? Was passiert mit entgangenen Beförderungen? Und dann haben wir uns ja parallel zu der ganzen Situation heute auch ein ganz neues Leben aufgebaut. Also: Soll ich jetzt meinen Mandanten erklären - erst war ich Finanzbeamter, jetzt bin ich Steuerberater, dann bin ich morgen wieder Finanzbeamter?

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Musikakzent

Sprecherin

Die hessische Finanzverwaltung konnte sich mit dem Rückkehrangebot an die zwangspensionierten Steuerfahnder nicht mit einem Schlag ihrer Probleme entledigen. Es gibt viele offene Fragen: warum z. B. der Personalreferent vor der Begutachtung Schmengers Kontakt aufnahm zum medizinischen Gutachter Dr. Holzmann, woher er überhaupt wusste, dass Schmenger von Holzmann untersucht werden sollte? Der Untersuchungsausschuss UNA 18/1 wird nun klären müssen, wer verantwortlich ist für die Zwangspensionierungen, und wie weit die politische Einflussnahme reichte. Die hessische Finanzverwaltung braucht dringend eine Glaubwürdigkeitskur.

O-Ton 74 Rudolf Schmenger

Also, das wird noch sehr, sehr viele Jahre in Anspruch nehmen. Weil, auch wenn der Untersuchungsausschuss hier in Hessen irgendwann beendet sein wird, sind ja diese zivilrechtlichen Ansprüche gegen das Land Hessen noch nicht vom Tisch. Und wir haben uns soweit verständigt, dass wir gegen das Land Hessen im Extremfall, wenn nicht im Vorfeld akzeptable Lösungswege aufgezeigt werden, das Land Hessen verklagen werden, auch bis zum Europäischen Gerichtshof.

Absage

Es gibt keinen Skandal - die hessische Steuerfahnderaffäre.

Ein Feature von Caroline Nokel mit Valentin Thurn.

Es sprachen:

Hansi Jochmann

Bruno Winzen

Hüseyin Michael Cirpici

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2010

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Michael Wittenborn

und

Bernd Reheuser

Technische Realisation:

Christoph Bette

Regieassistentz:

Gerrit Booms

Regie:

Thomas Wolfertz

Redaktion:

Marita Knipper

Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks, 2010.

Redaktionskommentar:

Die neueste Volte im Untersuchungsausschuss: SPD und Grüne ziehen vor den hessischen Staatsgerichtshof. Der Grund: CDU und FDP behinderten die Untersuchung der Affäre durch eine Vielzahl von Anträgen. CDU und FDP wollen Kontakte von Abgeordneten zu den Steuerfahndern überprüfen und die Ärzte der Steuerfahnder von ihrer Schweigepflicht entbinden – so dass die eigentlichen Zeugen, die Steuerfahnder selbst, erst im September 2010 angehört werden können. Aus Sicht der Opposition ist das Verhalten von CDU und FDP verfassungswidrig. Die parlamentarische Minderheit habe den Untersuchungsgegenstand zu bestimmen und nicht die Regierungsparteien.